

Neujahrsempfang 2025 | Begrüßungsrede

Laura Becker -Queeres Netzwerk NRW-:

Wir begrüßen alle Abgeordneten des Bundestages und des Landtages von Nordrhein Westfalen, liebe Ministerin Josefine Paul, Ulla Schauws, Ilayda Bostancieri, Susanne Schneider, Britta Oellers, Frank Müller

Wir begrüßen auch alle Mitarbeiter*innen des Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Und wir begrüßen euch, liebe queere Communities, liebe Allies, liebe alle.

Wir freuen uns sehr, mit Ihnen und euch heute Abend den 4. Jahresempfang der queeren Landesverbände in NRW begehen zu dürfen. Im Namen des Queeren Netzwerks NRW, des LSVD+ NRW und des Netzwerks geschlechtliche Vielfalt Trans* NRW heiße ich Sie herzlich Willkommen (im Bilker Bunker).

Frank Bauer LSVD+ Verband queere Vielfalt NRW:

Wir alle möchten in dieses politische Jahr mit Freude und Optimismus, mit Hoffnung und mit Zuversicht starten. Und ich wünschte, ich könnte diesen Abend mit stimmungsaufhellenden Worten beginnen. Ich hatte gedacht, in meinem Alter etwas kürzer treten zu können. Aber wie sagt man so schön: hätte, hätte Fahrradkette, denn bereits das vergangene Jahr war von Schwierigkeiten gepflastert. Und wenn ich mir die aktuellen politischen Entwicklungen vor Augen führe, weiß ich gar nicht, wo ich überhaupt ansetzen soll. Denn es ist zum Fürchten! Einmal wieder halten queere Menschen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sowie andere Minderheiten als Ventil für die Probleme der Welt her.

Dass diese Mobilmachung gegen uns von rechts maßgeblich auch noch von einer Person ausgeht, die als lesbische Frau eigentlich Teil unserer Communities sein „müsste, sollte, könnte,“ ist die markerschütterndste Ironie des Ganzen. Nennen wir sie beim Namen: Alice Weidel, an der Spitze eines geifernden Mobs, der sich als Alternative für Deutschland geriert. Kürzlich hat auch sie die letzte Maske fallen lassen. Ein menschenverachtender Begriff wie „Remigration“, letztes Jahr noch skandalisiert und tabuisiert durch massenhafte Gegenproteste, hat nun plötzlich offiziell Eingang gefunden in ein „Parteiprogramm“, das sich gar keine Mühe mehr gibt, die Verachtung für Randgruppen – im Grunde aber auch für die eigene Wähler*innenklientel – zu verbergen.

Die AfD stellt nun eine Kandidatin für die Bundeskanzlerschaft auf, deren ohnehin von Hass verpestete Sprache sich in den vergangenen Wochen in ungeahntem Ausmaß radikalisiert hat. Trotz der Vorzeichen hielt ich vor einem Jahr noch für undenkbar, in welcher Geschwindigkeit sich der schockierende Geschichtsrevisionismus derzeit vollzieht. Adolf Hitler ein „Linker“, ein

„Kommunist“? Was für eine Verhöhnung der Opfer! Dass diese derartigen, dreisten Verdrehungen von Fakten – geäußert, ohne mit der Wimper zu zucken – auch noch frenetischen Applaus von einer rasch wachsenden Anhänger*innenschaft ernten, muss uns alle zutiefst schockieren. Die AfD hat einer Schrei- und Brüllkultur der Wütenden und Unzufriedenen Tür und Tor weit geöffnet. Und sie hat einen Kulturkampf eingeläutet, der – einmal wieder – auf unserem Rücken ausgetragen wird. Der Spruch: Alice für Deutschland -muss sie denn auch noch so einen kompatiblen Namen für diesen Spruch haben?- raubt einem fast den Atem.

Aber: Alice ist GEGEN Deutschland, gegen die Demokratie, gegen die Menschen in unserem Land. Kein Wunder, sie lebt ja auch in der Schweiz.

Bis zum heutigen Tag waren wir freundlich. Wir waren immer zugewandt. Trotz mannigfacher Rückschläge und Erschwernisse. Trotz der nach wie vor bestehenden strukturellen Diskriminierungen und grundlosen Anfeindungen und Verunglimpfungen, die in den letzten Jahren ein unerhörtes Ausmaß angenommen haben. Wir haben unsere Wut zugunsten diplomatischer Bemühungen stets zurückgestellt.

Nein, ich will nicht darauf hinaus, die Brücken, die wir bauen, wieder einzureißen. Der Dialog ist und bleibt das wichtigste Instrument in unseren Händen. Und natürlich müssen wir weiter alle möglichen Anknüpfungspunkte ausloten, um mit der Mehrheitsgesellschaft ins Gespräch zu kommen und Überzeugungsarbeit leisten. Doch wir müssen nun, mehr denn je, dahingehen und dort sprechen, wo es am ungemütlichsten ist, wo es wehtut. Und ja, dazu gehört auch, sich dort zu streiten und dort die Konflikte auszutragen, wo es das eigene Niveau unterschreitet. Wir müssen uns den Hassenden widersetzen! Und wenn sie sich auf keinen sachlichen Austausch einlassen und uns niederbrüllen wollen, uns unserer Rechte berauben wollen, dann brüllen wir eben auch mal zurück! Ich sage klar und deutlich: hier ist die Grenze. Wir sind keine „skurrile Minderheit“, sondern gleichwertige Mitglieder dieser Republik. Für diese Gleichwertigkeit, die für jeden Menschen selbstverständlich sein sollte, mussten wir hart kämpfen. Und wir lassen nicht zu, dass diese Kämpfe umsonst waren. Und wir werden auch nicht mehr höflich um das, was uns zusteht, „bitten“. Es ist die Pflicht JEDER demokratischen Partei, ja jedes Menschen ob konservativ, liberal, sozialdemokratisch, grün oder links, die Grundrechte von Minderheiten vor Übergriffen zu schützen und zu wahren. Dazu gehört die Erweiterung von Artikel 3 im Grundgesetz: Der Schutz queerer Menschen muss unmissverständlich in der Verfassung verankert werden! Umgehend – ohne weiteren Aufschub, ohne Bedingungen, ohne „Wenn“ und ohne „Aber“.

Wir sind im Jahre 76 des Grundgesetzes und immer noch sind wir Opfergruppe zweiter Klasse!!!!., wie peinlich und schändlich für Deutschland. Wir vom LSVD+ Verband queere Vielfalt NRW haben schon seit langem vielen Gesprächspartner*innen aus Bundes- und Landespolitik und auch anderen Personen gegenüber darauf hingewiesen, dass sich das

Zeitfenster bald schließt. Leider ist bei uns angekommen, dass es Niemandes Herzensthema war. Wir waren denn wohl doch mal wieder nicht wichtig genug

Dasselbe gilt für das geltende Abstammungsrecht, das der gelebten Wirklichkeit vieler Familien hinterherhinkt. Verschiedengeschlechtliche und gleichgeschlechtliche Ehen müssen gleichbehandelt werden. Regenbogenfamilien sind keine Familien zweiter Klasse. Die institutionelle Diskriminierung, die rechtlichen Unsicherheiten und die Übergriffigkeit durch Mitarbeitende in Jugendämtern und Gerichten, mit denen sie nach wie vor konfrontiert sind, müssen ein Ende finden: so schnell wie möglich! Die scheidende Regierung hat ihr Koalitionsversprechen nicht eingehalten. Wer auch immer die künftige Regierung bilden wird: Wir fordern sie dazu auf, das Versprechen zu erneuern und endlich ins Handeln zu kommen. Wir jedenfalls geben auch ein Versprechen ab: Wir werden der nächsten Regierung damit so sehr und so entschlossen auf die Nerven gehen, bis Regenbogenfamilien gleichberechtigt sind und das Abstammungsrecht auf der Höhe unserer Zeit aktualisiert wurde! Vorher geben wir keinen Frieden.

Dass wir hartnäckig sind, haben wir bereits mit dem Selbstbestimmungsgesetz bewiesen. Und wir lassen es uns auch nicht wieder wegnehmen, dieses hart erkämpfte Recht auf Selbstbestimmung. Im nun neuerdings möglicherweise rechtsextrem regierten Österreich zum Beispiel lässt sich beobachten, wie schnell ein erkämpfter Fortschritt wieder rückgängig gemacht werden kann: Erst vor wenigen Tagen hat das österreichische Verwaltungsgericht trans Menschen ihr Geschlecht aberkannt – ein schockierender Rückschritt mit gravierenden Folgen für alle Betroffenen. Das findet in unserem Nachbarland mitten in Europa statt! Und auch mit Blick auf die vergangenen Wochen und politische Wahlkampfauftritte hier in Deutschland sage ich mit größtem Nachdruck: Das Selbstbestimmungsgesetz ist kein Wahlkampfspielzeug für Populist*innen. Es ist ein Meilenstein in puncto Menschenrechte. Es kam viel zu spät und das Ergebnis beinhaltet zu viele faule Kompromisse – doch es hat die jahrzehntelange Schikane gegen TIN-Personen endlich beendet. Wir lassen nicht zu, dass es nun auf ihre Kosten für verantwortungslose Wahlkampfrhetorik missbraucht wird, um an den rechten Rändern auf Stimmenfang zu gehen! Alle demokratischen Parteien sollten hier sehr auf ihre Rhetorik achten und bei der Wahrheit bleiben!

Laura Becker -Queeres Netzwerk NRW-:

Ich möchte daran anknüpfen und auf die Tragweite aufmerksam machen, die jeder einzelnen Stimme bei der Bundestagswahl in einem Monat zukommt. Überall auf der Welt erhalten rechtsextreme, nationalistische, reaktionäre, neofaschistische und populistische Kräfte ungeheuren Zulauf. Und auch die Landtagswahlen im letzten Jahr – Brandenburg, Thüringen und Sachsen – haben diesen Trend leider bestätigt. Ist das beängstigend? Ja. Sollen wir

deswegen verzweifeln und den Kopf in den Sand stecken? NEIN! Denn noch haben wir es in der Hand, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wer wollen wir in Zukunft sein? Wie wollen wir in Zukunft leben? Ich lehne mich wahrscheinlich nicht zu weit aus dem Fenster, wenn ich sage: Diese Bundestagswahl wird richtungsentscheidend sein nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Und wir müssen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln daran arbeiten, unsere demokratischen Parteien auf diesen letzten Metern zu stärken.

Ja, wir stehen vor zahllosen Herausforderungen. In Europa herrscht wieder seit ein paar Jahren Krieg. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Digitale Fakenews-Tsunamis und rechte Trolle überrollen uns. Und auch die ersten Auswirkungen des Klimawandels sind inzwischen unverkennbar sicht- und spürbar. Doch anstatt in apokalyptische Kriegsrhetorik zu verfallen, Hochrüstung zu proklamieren und im selben Atemzug im Gemeinwesen Geld einsparen, kann nicht die Lösung sein – und eine nachhaltige schon gar nicht! Stattdessen sehen sich unsere Infrastrukturen und der ohnehin massiv unterfinanzierte soziale Sektor mit massiven Kürzungen konfrontiert. Ich werde es nicht durch die Blume sagen: Es fehlt an Mitteln – finanziell und personell – um der immer länger werdenden Liste an Bedarfen auch nur annähernd gerecht zu werden. Und darauf wird reagiert mit einer zusätzlichen Schwächung ebendieser Strukturen? Wie sollen gemeinnützige Organisationen, Pflegeheime, Beratungsstellen, Bildungseinrichtungen usw. das noch auffangen? Die Leidtragenden am Ende sind die Schwächsten und Schutzbedürftigsten der Zivilgesellschaft. Es ist ein Vertrauensbruch. Und es ist der inakzeptable Bruch des Rückgrats unserer Demokratie in einer Zeit, in der eigentlich alle Mittel aufgewendet werden müssten, um sie zu stärken und zu schützen.

Zum Glück gelang es in kürzester Zeit, über 30.000 unübersehbare, laute Menschen zum Protest auf den Rheinwiesen hier in Düsseldorf zu mobilisieren. Daraufhin wurden zumindest einige – wenn auch nicht alle! – Kürzungen wieder zurückgenommen. Dank des unermüdlichen Einsatzes vieler Unterstützer*innen konnte so beispielsweise die Streichung der intersektionalen Fachstelle #MehrAlsQueer im letzten Moment abgewendet werden. Die Fachstelle kann ihre wichtige Arbeit mit und für queere Bi_PoC fortsetzen – ein Erfolg, der nicht als solcher bezeichnet werden sollte. Denn eigentlich sollte die Existenz von #MehrAlsQueer eine Selbstverständlichkeit sein. Ich danke im Namen des Queeren Netzwerks Ministerin Josefine Paul an dieser Stelle ausdrücklich dafür, dass die Streichung von #MehrAlsQueer zurückgenommen wurde.

Auch wenn viele andere Projektmittel gestrichen wurden und die Aidshilfen in NRW dieses Jahr unter dem Druck, den das Wegbrechen vieler ihrer Finanzen verursacht hat, ächzen: Es beweist, dass massiver Widerstand Wirkung zeigt. Und es belegt, was wir erreichen können, wenn wir mit gebündelten Kräften an einem Strang ziehen.

Es benötigt genau JETZT eine weitere gewaltige Kraftanstrengung, weiteren Widerstand gegen unsere politischen Gegner*innen, um die Weichen für die nächsten vier Jahre zu stellen. Deswegen lautet unser eindringlicher Appell an alle Demokrat*innen: Überwindet die Gräben zwischen euch, bleibt im Dialog, sucht konstruktiv nach Lösungen – MITEINANDER und nicht gegeneinander! Es mag abgedroschen klingen, doch es ist wahr: Uns eint viel mehr, als uns trennt!

Lasst uns also geeint auf die Straße gehen: Die CSD-Vereine Deutschlands haben unter dem Motto „Wähl Liebe“ eine Kampagne ins Leben gerufen, die zur Wahl demokratischer Parteien aufruft. Am 15. Februar wird es bundesweit Demonstrationen geben, die für Vielfalt, Respekt und Toleranz eintreten. Liebe Politiker*innen, bitte unterstützt diese Kampagne, pusht den Termin über alle zur Verfügung stehenden Kanäle und sorgt mit uns dafür, dass am 15. Februar die Straßen und Plätze vor Protestierenden überquellen: „Wir sind mehr!“

Mit diesem kämpferischen Spirit möchten wir auch in dieses neue politische Jahr und in unsere Arbeit starten. Vergegenwärtigen wir uns also am Beispiel unserer Erfolge, dass wir noch nie klein beigegen haben. Dass wir nicht machtlos sind. Und, dass sich durchhalten am Ende immer lohnt.

Frank Bauer LSVD+ Verband queere Vielfalt NRW:

Ein Ziel, das wir 2025 erreichen, ist die langerwartete Inbetriebnahme unserer Meldestelle Queerfeindlichkeit – kurz: MIQ. Sie ist ein Meilenstein unserer aktivistischen Arbeit und wird ein wichtiges Instrument zur Ausleuchtung von Dunkelfeldern der Gewalt und Diskriminierung gegen unsere Communities. Und sie ist ein Baustein gegen Rechts, weswegen sie schon im Vorfeld massiv von Rechts attackiert wurde und wohl auch bei Inbetriebnahme hart angegriffen werden wird. Wir rechnen mit nichts weniger als einer Schmutzkampagne von rechten Medien. Von dieser Welle an Hass und Fakenews, die auf uns zurollen wird, dürfen wir uns nicht verunsichern lassen. Denn mit MIQ werden wir in der Lage sein, bessere Schutzmaßnahmen umzusetzen und die Öffentlichkeit mit handfesten Zahlen über das Ausmaß an Hasskriminalität gegen queere Menschen zu alarmieren. Bei der Bekämpfung dieser Hasskriminalität ist der Einsatz aller Menschen gefragt und gefordert. Wir werden Postkarten verteilen, Anzeigen schalten und QR-Codes verbreiten, die Menschen dazu ermutigen, ihre Diskriminierungserfahrungen bei MIQ zu melden. Bitte unterstützt uns hierbei nach allen Kräften, teilt die Infos über eure Netzwerke und macht auf MIQ aufmerksam!

Laura Becker -Queeres Netzwerk NRW-:

Frank hat zuvor gesagt, dass wir dorthin gehen müssen, wo es weh tut, wo es ungemütlich ist. Und genau das machen die ehrenamtlichen Teamer*innen vom Netzwerk SCHLAU mit ihrer

unverzichtbaren Präventionsarbeit in Schulen Tag und Tag, nunmehr seit stolzen 25 Jahren! Was für ein Erfolg. Gratulation zu diesem Jubiläum. Liebe SCHLAU-Teams: Ein riesiges Dankeschön dafür, dass ihr euch immer wieder und immer noch in die Klassenräume begeben und Schüler*innen über die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten aufklärt und in euren Workshops unermüdlich für Toleranz eintretet! Das ist ein knochenharter Job, den ihr leistet. Gerade angesichts der aggressiven Stimmung gegenüber queeren Menschen, die traurigerweise auch in Schulen fluktuiert.

Ein weiteres riesengroßes Dankeschön möchte ich auch an zwei ehemalige Mitarbeiter*innen des Queeren Netzwerks richten, die viele Jahre die Verwaltung mitaufgebaut und geprägt haben und sich nun in die Rente verabschiedet haben: Bixi Erhardt und Olli Bernhard. Ihr habt lange die Mühlen am Laufen gehalten. Ohne eure Kompetenz, euren präzisen Blick bei den Finanzen, eure Orga-Skills und allgemein euer großartiges Engagement hätte das Queere Netzwerk NRW so manche Krise nicht gemeistert. Und auch wenn das ganz sicher kein endgültiger Abschied war, so kann ich doch sehr deutlich betonen: Als Kolleg*innen werdet ihr uns sehr fehlen. Danke für alles.

Frank Bauer LSVD+ Verband queere Vielfalt NRW

Nun zum Schluss noch ein paar Worte in eigener Sache:

Die Namensänderung LSVD+ Verband queere Vielfalt NRW haben wir am 21.12.24 auch für uns in NRW per Mitgliederversammlung beschlossen. Es ist mir wichtig zu sagen, dass wir die Buchstaben „L und S“ im Namen LSVD weiterhin ernst nehmen und wir wissen, dass die Lesben und Schwulen mit uns den LSVD zu dem gemacht haben, was wir heute sind. Da wir aber schon seit vielen Jahren Bürgerrechtsarbeit -denn wir sind ein Bürgerrechtsverband- für die gesamte queere Community machen, war es uns wichtig, das im Namen wiedergespiegelt zu sehen.

Damit senden wir ein wichtiges Signal: Wir wollen für alle LSBTIQ+ Menschen da sein und arbeiten und das heißt, wir ziehen niemanden vor oder benachteiligen niemanden.

Menschen, die sich als schwul oder lesbisch bezeichnen sind uns weiterhin sehr wichtig.

Ich sage das so deutlich, das uns das in der Vergangenheit hin und wieder abgesprochen wurde.

Ja, die nächsten aktivistischen Wochen werden hart und mühselig. Und es ist ermüdend, mit zäher Ausdauer mit Extremist*innen zu ringen und sich nicht von ihnen einschüchtern zu lassen. Doch unsere Demokratie ist jede Anstrengung wert.

Ich danke Ihnen und euch für die großartige Unterstützung hierbei und wünsche nun einen guten Austausch unter dem Motto eines unserer LSVD-Projekte:

Miteinander stärken!